

DR. HELMUT KRAMER

D - 38302 Wolfenbüttel
Herrenbreite 18A
Telefon 0 53 31 / 7 11 35
Telefax 0 53 31 / 3 33 29
kramer@justizgeschichte-aktuell.de
www.justizgeschichte-aktuell.de

Dr. Helmut Kramer · Herrenbreite 18 a · 38302 Wolfenbüttel

Hans-Joachim.Barchmann@dgb.de

8. Juli 2009

Rieseberg-Gedenkfeier

Lieber Kollege Barchmann,

über die Braunschweiger Zeitung und den Email-Verteiler vom Genossen und Kollegen Klaus-Peter Bachmann habe ich von der Kritik an meiner Ansprache in Rieseberg Kenntnis erhalten. Leider hast auch Du mir bis heute Deine Kritik nicht mitgeteilt. Als langjähriges aktives Mitglied der ÖTV (jetzt ver.di) und langjähriges Mitglied der SPD enttäuscht mich dieser Umgang mit einem Kollegen und Genossen. Es ist auch schade, dass Kritiker wie die Genossen und Kollegen Tanke und Bosse nicht die Gelegenheit genutzt haben, mit mir an Ort und Stelle, insbesondere bei dem anschließenden Kaffeetrinken, den inhaltlichen Diskurs zu führen. Vielleicht geht es aber auch gar nicht um mich, sondern um die schon bekannte Auseinandersetzung zwischen Teilen der Braunschweiger SPD und dem DGB Region SON.

Zu allererst möchte ich betonen, dass ich nicht als Vertreter des Forum Justizgeschichte e.V. gesprochen habe. Ich gehöre dem Vorstand des Forums seit Oktober 2006 nicht mehr an. Hierzu hatte ich schon am Wochenende anliegenden Brief an den DGB abdikiert.

Zu der mir bisher bekannten Kritik an meiner Ansprache in Rieseberg bemerke ich:

Der erste Teil meiner Rede in Rieseberg war neben dem unmittelbaren Gedenken an die elf Rieseberg-Toten der Verfolgung der Kommunisten gewidmet, die im Juli 1933 mit der bekannten Postkartenaktion der Ermordeten gedenken wollten. Sodann habe ich an Hermann Bode erinnert. Hermann Bode, der damaligen Mordaktion nur knapp entgangen, wurde nach langjähriger Gefängnis- und KZ-Haft zum Bewährungsbataillon 999 gepreßt und im Jahre 1944 wegen „Kriegsverrat“ zum Tode verurteilt.

Ein weiterer Schwerpunkt meiner knapp 25minütigen Ansprache in Rieseberg waren sodann die Schwierigkeiten, den „Kriegsverrättern“ als Opfern der NS-Unrechtsjustiz Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

In der Tat bin ich im Zusammenhang mit der Rehabilitierung der „Kriegsverräter“ auch auf den mich als Parteigenossen zutiefst beschämenden Umgang der SPD mit der Linksfraktion zu sprechen gekommen. Zu der Gemeinschaft aller Demokraten rechne ich nicht nur die CDU und CSU, die FDP und die Grünen, sondern auch die Linkspartei. Für mich ist es unerträglich, wenn jemand die demokratische Gemeinschaft aufkündigt, indem er eine Partei von jeglicher parlamentarischen Zusammenarbeit ausschließt. Sogar in einer so ernsthaften, für parteitaktische Spiele wirklich ungeeigneten Angelegenheit, wie der Aufhebung der nationalsozialistischen Todesurteile, hat die SPD-Bundestagsfraktion sich jahrelang gegen eine Rehabilitierung der justizförmig ermordeten „Kriegsverräter“ gestäubt. Dies in einer der Opfer der NS-Justiz unwürdigen Form. Alleiniger Grund: Der Antrag war von der Linksfraktion gestellt worden. Noch schlimmer: Angesichts des herannahenden Endes der Legislaturperiode bot sich die Chance eines interfraktionellen Gruppenantrags. Diesen versuchte die SPD-Fraktionsspitze zu verhindern, indem sie die Fraktionsmitglieder aufforderte, den Antrag nicht zu unterzeichnen (trotzdem beteiligten sich 69 SPD-Abgeordnete an dem Gruppenantrag). In einer jähen Kehrtwende hat die SPD jetzt am 1. Juli 2009 gemeinsam mit (fast) allen anderen Fraktionen einen mit der Gesetzesvorlage der Linksfraktion wortgleichen Antrag eingebracht, unter Ausschluß jedoch der Linksfraktion. Unter dem unmittelbaren Eindruck eines solchen das parlamentarische Klima vergiftenden Verhaltens habe ich in Rieseberg ein solches Vor-

gehen auf dem Rücken von NS-Opfern getadelt, in einer Kritik, die ich aufrechterhalte. Dies auch aus der Betroffenheit desjenigen, ohne dessen mühevollen wissenschaftlichen Tätigkeit (als Sachverständiger im Rechtsausschuß des Bundestages und durch Mitarbeit an dem dem Antrag der Linksfraktion und auch dem gleichlautendem neuen Rehabilitierungsantrag zugrundeliegenden Buch von Professor Wolfram Wettte) es nicht zu der Wende im Bundestag gekommen wäre. Notwendig war auch meine langjährige und in den letzten Monaten besonders intensive Öffentlichkeitsarbeit, auch in direkter Verbindung mit Abgeordneten, nicht zuletzt der SPD (siehe auch meine anliegende Abhandlung und weitere Ausführungen auf www.justizgeschichte-aktuell.de). Abgeordnete bis in die Reihen der FDP hinein haben mir dafür ihre Anerkennung ausgesprochen.

Allein aus dieser starken emotionalen Betroffenheit gerade der letzten Tage heraus und weil es manchmal wirklich schwer ist, Mitglied der Partei zu bleiben, bin ich in einem einzigen Satz, in einer unernst gemeinten Anspielung auf das Wort „sozial“ im Namen der SPD über das Ziel einer nötigen und heilsamen Kritik an meiner Partei hinausgeschossen. Diesen Teil meiner Kritik nehme ich mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Ich bitte zu berücksichtigen, dass ich meine Ansprache in freier Rede, bei diesem Redeteil nicht einmal unter Verwendung eines Stichworts, gehalten habe.

Die deutsche Demokratie ist nach wie vor auf eine starke Sozialdemokratische Partei angewiesen. Daran ändert nichts, dass sich ein Teil des SPD-Establishments von den sozialdemokratischen Werten zunehmend losgelöst hat. Auch hoffe ich sehr, dass die SPD endlich einsieht, dass man keine sich im demokratischen Spektrum bewegendende Partei aus dem demokratischen Diskurs rigoros ausgrenzen kann. Diese gegenüber allen Parteien offene Haltung war und entspricht glücklicherweise dem auch von der DGB-Region SüdOstNiedersachsen praktizierten Prinzip der Einheitsgewerkschaft.

Wenn meine Ausführungen zu den quälenden Auseinandersetzungen im Bundestag beanstandet werden, kann ich dem nicht beipflichten. Meine Veröffentlichungen und Vorträge zu Themen der Zeitgeschichte werden nicht zuletzt deshalb so geschätzt, weil ich dort, wo es naheliegt, den Gegenwartsbezug nicht scheue. In diesem Fall

durfte der Hinweis auf die problematischen Auseinandersetzungen im Bundestag in der Kriegsverräterfrage nicht fehlen. Vielleicht findest Du einige Minuten, um einmal einen Blick auf meine Website (dort Rubrik „Kriegsverrat“) zu werfen. Zu dem Ablauf der Dinge im Bundestag füge ich einen Text bei, den ich erst wenige Minuten vor meiner Abfahrt nach Rieseberg am letzten Samstag fertig gestellt habe.

Lieber Kollege Barchmann, für ein persönliches wie auch öffentliches Gespräch stehe ich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Der Fairnis halber bitte ich Dich, diesen Brief an den Verteiler weiter zu leiten, der auch von Deiner Kritik an mich erfahren hat. Ich werde sowohl der Braunschweiger Zeitung, als auch den Kollegen und Genossen Bachmann, Tanke, Hitzmann und allen mir aus deren Email-Verteiler bekannten diesen Brief zuleiten, wie auch auf meiner Internetseite www.justizgeschichte-aktuell.de dokumentieren.